Für eilige Leser

am Sonntag morgen.

Auf der Hochfläche von Lafraun wurden die Italiener aus den vorgeschobenen Gräben nördlich des österreichisch-ungarischen Werkes Lusern vertrieben.

Ein italienischer Gegenangriff auf die von den österreichisch-ungarischen Truppen genommenen Stellungen am Rombon wurde abgewiesen.

Truppen der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand vertrieben südwestlich von Olyka die Russen aus einem unmittelbar vor der Front liegenden Wäldchen.

An der ganzen Westfront beginnt nach Meldungen französischer Blätter vom Donnerstag der deutsche Druck wieder eine Steigerung zu erfahren.

In den französischen Sparkassen überstiegen im März die Abhebungen die Einzahlungen um 6 861 311 Franken.

Der Dampferdienst von Bordeaux nach Neuyork soll vorläufig eingestellt und die französische Post nach Amerika über England geleitet werden.

Der frühere russische Kriegsminister Suchomlinow ist nach einer Vernehmung verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert worden.

In Holland wurde eine englische Spionenbande verhaftet und dem Vlissinger Kriegsgericht übergeben.

Der Imam von Darfur hat den Heiligen Krieg gegen England erklärt, hat die englischen Truppen geschlagen und marschiert gegen den nördlichen Sudan.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Zeitweise trüb, zu warm, zeitweise Niederschläge.

---

wort auf die Wilsonsche Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland führt. — Die „Arbeiterzeitung" schreibt unter dem Titel „Die deutsche Note, ein Friedenswort": Deutschland will jeden Vorwand wegräumen, damit Wilson in die Lage versetzt werde, auf Grund des Verzichtes Deutschlands ein ernstes Wort an England zu richten. Hierdurch kämen die zwei Vorkämpfer der Zweimächtegruppen zu gegenseitigen Verzichten, und das wäre eine Tatsache von solch moralischer Bedeutung, daß sie endlich die Wende zum Frieden erkennen ließe. In diesem Sinne wird die deutsche Note für den Kriegs- oder Friedenswillen zunächst Amerikas selbst, dann aber auch aller anderen Mächte ein sichtbares und sicheres Kennzeichen werden. (W. T. B.)

Budapester Stimmen.

Sämtliche Budapester Blätter heben in rühmenden Ausdrücken den Ton hoheitsvoller Würde, das Kraftgefühl und die friedfertige Gesinnung der deutschen Note hervor. „Pester Lloyd" schreibt: Auch Wilson wird sich dem Eindruck der deutschen Note nicht entziehen können. Solange er durch seine Taten uns nicht zwingt, das Gegenteil anzunehmen, werden wir uns nicht zu der Meinung hinreißen lassen, daß das Völkerrecht und die Menschlichkeit für ihn bloße Kriegsvorwände sind. — Das „Neue Pester Journal" schreibt: Die deutsche Regierung habe durch die Note einen neuerlichen Beweis gegeben, daß es nicht an ihr liegt, wenn Europa noch immer die Segnungen des Friedens vorenthalten bleiben. — „Budapesti Hirlap" schreibt: Deutschland leistet, wie die Note zeigt, an Friedfertigkeit das Aeußerste und geht bis an jene Grenzen, wo die Friedfertigkeit und Humanität das Lebensinteresse der deutschen Nation gefährden würden. (W. T. B.)

Neutrale Stimmen.

Die bis jetzt in den Züricher Morgenblättern vorliegenden Kommentare zur deutschen Note an Amerika ergehen sich ausnahmslos anerkennend für die deutsche Haltung, die bei schärfster Präzisierung des endgültigen deutschen Standpunktes eine hohe staatsmännische Klugheit und Mäßigung zeige, und die dadurch ihre Wirkung auch bei den Neutralen nicht verfehlen werde. Der „Tagesanzeiger" nennt die deutsche Note ein Meisterwerk in der Kunst, feurige Kohlen auf das Haupt eines Gegners, wie Präsident Wilson sich im ganzen Kriege erwiesen habe, zu sammeln.

b. Das Kopenhagener Blatt „Politiken" äußert sich folgendermaßen: Deutschland hat Amerika in überlegtem, besonnenem Ton geantwortet. Die Berliner Regierung hat sich Zeit zur Ueberlegung genommen, und jeder Passus in ihrer Antwortnote zeugt davon, wie alle Einzelheiten erwogen und geprüft wurden. Man wird überall in der ganzen Welt Deutschland beistimmen in seinem Friedenswunsche, der an der Stelle zum Ausdruck kommt, in der betont wird, daß Deutschlands Entgegenkommen in dem Gedanken wurzelt, daß eine Erweiterung und Verlängerung dieses grausamen, blutigen Krieges die ganze zivilisierte Welt bedrohe.

Der deutsche Druck an der Westfront.

kf. Nach Meldungen französischer Blätter vom Donnerstag beginnt sich an der ganzen Westfront der deutsche Druck wieder zu steigern.

500 000 Russen nach Frankreich.

Nach Mitteilungen römischer Blätter soll in der jüngsten politischen Vierverbandskonferenz beschlossen worden sein, daß Rußland sofern die Ruhe an seiner Front anhält, 500 000 Mann (?) nach Frankreich senden soll. Gegenwärtig sollen bereits mehrere größere Truppentransporte nach Frankreich unterwegs sein.

Der Schrei nach der „Einheitsoffensive".

ba. Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In den Tagen der immer bedrohlicher werdenden Verblutung der französischen Armee vor Verdun, des erfolgreichen Vorstoßes unserer Hindenburgtruppen im Seengelände an unserer Nordostfront, der schweren Niederlagen der englischen Armee in Mesopotamien, in den Tagen der schweren innerpolitischen Krise in Großbritannien scheinen die Nerven unserer Feinde den Anforderungen des für sie immer aussichtsloser werdenden Krieges nicht mehr gewachsen zu sein. Sie, die nicht müde wurden, von einem vieljährigen „Erschöpfungskrieg" gegen Deutschland alles Heil zu erwarten, scheuen vor dem Gedanken eines dritten Winterfeldzuges erschreckt zurück, und in ihrer Presse erschallt mit verstärktem Nachdruck der Ruf nach der großen „Einheitsoffensive", die uns zermalmen und die Entscheidung noch in diesem Sommer herbeiführen soll. Das Bemerkenswerte an diesem Wunsch ist, daß er sich gerade in einem Zeitpunkte hervorwagt, wo die militärische Lage für den Vierverband so unerquicklich wie nur möglich ist und wo unsere Feinde die äußersten Anstrengungen machen müssen, um im Osten wie im Westen ihre Verteidigungslinien einigermaßen zu halten. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Frankreich seine allgemeine Heeresreserve, die es für seine diesjährige große Offensive bereitgestellt hatte, schon längst zur Verteidigung Verduns einsetzen mußte, und daß es überhaupt seine schon sehr dezimierte Armee einem starken Aderlaß, wie er doch mit einem Durchbruchsversuch unweigerlich verknüpft wäre, nicht mehr aussetzen kann. Ein sprechender Beweis hierfür ist die allmähliche Veränderung in der Qualität der vor Verdun eingebrachten französischen Gefangenen. Zu Beginn unserer Offensive waren es fast ausschließlich auserlesene Elitetruppen, die man zum Schutze dieses Angelpunktes der französischen Front ausersehen hatte; in letzter Zeit dagegen konnte unser Heeresbericht wiederholt auf den immer stärker werdenden Prozentsatz kaum ausgebildeter Mannschaften der neu einberufenen Jahrgänge verweisen, die zur Auffüllung der ungeheuren Lücken herangeschafft waren. Kann sich Frankreich infolge der deutschen Erfolge bei Verdun also kaum noch an einer großen „Einheitsoffensive" des Vierverbandes beteiligen, so zeigen die jüngst gemeldeten Unternehmungen Hindenburgs an der litauischen Seenplatte wohl zur Genüge, wie sehr anderseits die russische Stoßkraft durch das blutige Scheitern ihrer Märzoffensive gelitten hat. Die dort erlittenen Verluste im Zusammenhang mit ihrer große Truppenmassen bedingenden Diversion im Kaukasus und in Persien dürften den Russen die Möglichkeit rauben, eine Erfolg versprechende Offensivarmee aufzustellen, die, wenn man den erfahrungsmäßig festgestellten russischen Maßstab zugrunde legt, weit über eine Million Truppen umfassen müßte, wenn sie nur die geringste Aussicht haben sollte, die deutsche oder die österreichische Front einzudrücken. Bei dem schon auf die Neige gehenden Menschenreservoir Rußlands dürfte sich aber eine solche Zahl kaum noch erreichen lassen, zumindest nicht, wenn man dabei an gut ausgebildete und mit genügenden Führerstellen versehene Truppen denkt. Also auch hier dürfte die Ausführung einer neuen großzügigen Offensive zu keinem Resultate führen.

Es bleiben noch England und Italien. Das letztere wird durch die tapferen Truppen unseres Verbündeten so stark in Schach gehalten, daß es sich schon höchst ungern zur Abgabe gewisser Kontingente nach Valona entschloß. In Frankreich hofft man zwar, daß die russischen Truppenlandungen in Marseille auch auf Italien einen zwingenden Einfluß ausüben und es zur Entsendung eines in Frankreich operierenden Hilfskorps bestimmen werden, doch wird Cadorna zu einer solchen Schwächung seines Heeres nicht die Einwilligung geben. Und England? Dies kennt nur zu genau die engen Grenzen seiner militärischen Leistungsfähigkeit und hütet sich, seine Machtmittel auf einmal durch eine stärkere Beteiligung an einer allgemeinen Offensive aufs Spiel zu setzen. Kut-el-Amara und Dublin, sowie die Kämpfe am Suezkanal bedeuten für die englische Heeresleitung eine so empfindliche Schwächung und Zersplitterung ihrer Armeen, daß sie mit der Ablösung einer französischen Armee in Nordfrankreich bereits ihr äußerstes getan zu haben glaubt.

Die militärische Lage verbietet also jedem Mitgliede des Vierverbandes rundweg das Beginnen großer Offensivunternehmungen in diesem Sommer. Wenn trotzdem die feindliche Presse diese „Einheitsoffensive" mit lauter Stimme fordert, so muß dies als ein Zeichen der äußerst ungünstigen Wirtschaftslage bewertet werden, also als ein Zeichen völligen Versagens auf einem Gebiete, auf dem uns unsere Feinde den tödlichen Schlag zu versetzen trachteten —, freilich ein Schlag, dem wir durch unsere glänzend bewährte Opferfreudigkeit wie durch unsere disziplinierte Organisation mit Erfolg ausgewichen sind.

Die französischen Sparkassen.

Nach dem „Temps" übersteigen die Abhebungen bei den französischen Sparkassen im Monat März die Einzahlungen um 6 861 311 Franken. (W. T. B.)

Eine eigenartige französische Finanzmaßnahme.

Wie kürzlich bereits angekündigt, wendet sich nunmehr der französische Finanzminister Ribot an die Inhaber von Wertpapieren neutraler Länder mit der Aufforderung, ihre Wertpapiere dem Staate zu leihen zwecks Durchführung von Kursoperationen. Das Darlehen gilt zunächst für ein Jahr, kann aber vom Staate bis auf drei Jahre verlängert werden. Außer Zinsen erhalten die Darlehensgeber eine bestimmte Vergütung. Die ihnen ausgestellte Bescheinigung kann an der Börse gehandelt werden. (W. T. B.)

Der Geburtenrückgang in Frankreich.

Nach dem „Petit Journal" ist in der Kammer ein Gesetzantrag eingebracht, der für die Geburten, eheliche wie uneheliche, Prämien festsetzt. Danach soll die Mutter für jedes der beiden ersten Kinder Anspruch auf eine Prämie von 500 Franken, für das dritte Kind von 1000 Franken, für das vierte Kind von 2000 Franken und für jedes weitere Kind von 1000 Franken erhalten. — Die „Köln. Ztg." bemerkt dazu: Drastischer als durch diese Vorlage konnte die französische Kammer kaum der Welt dartun, welchem Ruin die französische Nation entgegensieht. Die Ursache dieser Schwindsucht liegt viel tiefer, als daß solche künstliche Mittel, seien es selbst derartige Geldprämien, deren Beschaffung auch noch ein Problem für sich ist, die Rettung bringen und die Aufzucht der Nation sichern könnten.

Einstellung des Dampferdienstes von Bordeaux nach Neuyork.

b. Wie in den französischen Blättern amtlich mitgeteilt wird, soll der Dampferdienst von Bordeaux nach Neuyork vorläufig eingestellt werden. Die französische Post nach Amerika wird einstweilen über England geleitet.

Scharfe Angriffe gegen die englische Regierung.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Bei der zweiten Lesung des Dienstpflichtgesetzes beantragte der Abgeordnete Holt die Verwerfung des Gesetzes. Erstens, weil sich die Anstrengungen Englands zu sehr auf die militärische Seite konzentrieren und ferner, weil es das Verhältnis zwischen Staat und Staatsbürgern in ungünstigem Sinne ändern werde. Er wiederholte unter Beifall Lloyd Georges die vor einem Jahre abgegebene Erklärung, der zufolge England den Bundesgenossen am besten dienen könne, wenn es die Seeherrschaft aufrechterhalte, die Hauptfinanzlast trage und sich auf die Anfertigung der Munition und des Kriegsmaterials beschränke. Das Parlament solle darauf bestehen, daß dies auch in Zukunft sichergestellt werde, bevor es das Gesetz endgültig annehme. Die Minister sollten bestimmt erklären, was wahr sei an der Behauptung des früheren Ersten Lords der Admiralität, der zufolge England nicht imstande sei, so schnell an der Kriegsflotte zu bauen, wie es die Sicherheit des Reiches erfordere. Wenn aber England die Seeherrschaft verliere, würden sogar 20 Millionen Streiter in Frankreich das Land nicht vor einer Katastrophe schützen können. Der Neubau von Handelsschiffen liege tatsächlich still. Wenn die Stunde Englands nicht vor 1918 kommen sollte, wäre man dann sicher, so fragte Holt, bis dahin aushalten zu können? Er habe immer erwartet, daß der Krieg lange dauern würde, und er wolle Gewißheit haben, daß England seine Maßnahmen derart einrichte, daß es tatsächlich bis zu Ende durchhalten könne. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Verbündeten glaube Holt, daß wenig Aussicht bestehe, daß bei dem jetzigen Tempo der Ausgaben England den Krieg bis 1918 aushalten könne.

Lee Smith sagte, daß die Zahlen, die der Premierminister in der geheimen Sitzung des Unterhauses genannt hatte, auf ihn den Eindruck gemacht hätten, daß man mit dem Gesetz gewissermaßen einen Sprung ins Dunkle mache. Das Gesetz würde vermutlich Englands Anteil am Kriege eher verringern als vergrößern. Nach Lloyd George sprach Simon. Obgleich er seine früheren Bedenken gegen die Dienstpflicht wiederholen müsse, betone er doch, daß man in der Partei und im ganzen Lande hinsichtlich des zu erreichenden Zieles einig sei. Die Hauptbedenken gegen das Gesetz seien, daß die Regierung der Ansicht zu sein scheine, Zwang sei mit Organisation gleichbedeutend, und daß man nur den militärischen Behörden gewaltige Machtbefugnisse zu verleihen brauche, um auch die Nation militärisch zu organisieren.

Die Ansprache eines englischen Generals.

b. Der englische Brigadegeneral T. C. Porter besichtigte in Penzance (Cornwall) die C-Kompagnie des Cornwall Volunteer Training Corps, wie „Western Morning News" berichtet, und hielt dabei eine längere Ansprache. Nachdem er die Volunteers zur stärksten Werbearbeit aufgefordert hatte, bemerkte er: „Ich bin kein Pessimist, aber ich bin auch kein gedankenloser Optimist. Alles, was sich bisher ereignet hat, ist zugunsten Deutschlands ausgeschlagen, das kann niemand bestreiten. Deutschland ist vorläufig noch nirgendwo geschlagen worden. Wir müssen uns aufraffen, wenn wir dieses Land gewinnen wollen. Soweit wie ich die Lage zu überblicken vermag, steht alles so schwarz wie möglich für uns aus. Wenn wir nicht anfangen, begeisterter zu empfinden und weniger an unsere persönlichen Interessen zu denken, werden wir entweder den Krieg verlieren, oder wir werden uns wirtschaftlich so erschöpfen, daß der Krieg unentschieden bleibt, und das würde noch schlimmer sein."

Der Untersee-Krieg.

Lloyds meldet: Der Dampfer „Ruabon", 2004 Bruttoregistertonnen groß, ist gesunken. Die Besatzung wurde gerettet. (W. T. B.)

Im Kampf mit einem Tauchboote.

b. Reuter meldet aus London: Der englische Dampfer „Clan Mac Fadyen" ist im Golf von Biscaya zweimal durch ein Tauchboot angegriffen worden. Dieses feuerte 60 Schüsse ab, die mit dem schweren Geschütz des englischen Dampfers beantwortet wurden. Der Engländer hat nur geringen Schaden und keine Verluste erlitten. Ein zweites Tauchboot feuerte einen Torpedo ab, der am Schiff wenige Fuß breit vorbeiging.

Verhaftung englischer Spione in Holland.

b. Die niederländische Polizei hat eine englische Spionenbande, bestehend aus zwei Herren und vier Damen, verhaftet und dem Vlissinger Kriegsgericht eingeliefert. Am 26. April bemerkte eine niederländische Patrouille, die das Fort Ant Andries, eins der wichtigsten Vlissinger Befestigungswerke, verließ, eine Reisegesellschaft, die sich in der Nähe des Forts zu schaffen machte. Der Patrouillenführer hielt die Gesellschaft an und stellte fest, daß alle Mitglieder derselben mit photographischen Apparaten versehen waren. Im Besitze der Festgenommenen fand man photographische Aufnahmen der einzelnen Forts, sowie des gesamten Schelde-Mündungs-Gebietes, ferner sechs vom Londoner Auswärtigen Amt ausgestellte und von der dortigen niederländischen Gesandtschaft visierte Pässe auf aristokratisch klingende Namen, die sicher falsch sind. Der Reisegrund, der auf den Pässen vermerkt ist, hat sich ebenfalls schon als erfunden herausgestellt. Zweifellos sind die Leute nichts anderes als Abgesandte der britischen Kriegsverwaltung, und die niederländische Gesandtschaft in London wurde bei der Visierung der Pässe hinters Licht geführt.

Die deutschen Stellungen im Osten.

b. Der Sonderberichterstatter des „Temps" schickt seinem Blatte eine lange Schilderung der strategischen Lage an der Ostfront und sagt, daß die Russen den Winter dazu benutzten, die Stellungen ihrer Armee in jeglicher Beziehung zu verbessern. Der Journalist hält sich aber wesentlich länger mit der Beschreibung der deutsch-österreichisch-ungarischen Front auf und setzt auseinander, daß die Deutschen, Oesterreicher und Ungarn ihre Stellungen sowohl zur Verteidigung wie auch zur möglichen Ergreifung einer neuen Offensive in geradezu unübertrefflicher Organisation musterhaft geschaffen haben. Besonders die strategisch wichtigsten Linien des Feindes, sagt er, seien mit einer schier schulmeisterlich zu nennenden übertriebenen Sorgfalt eingerichtet worden. Die ganze Beschreibung, die der „Temps"-Vertreter gibt, klingt wie eine Erklärung dafür, warum eine Offensive der Russen gegen die deutsch-österreichischen Stellungen aussichtslos wäre.

Die Anklage gegen Suchomlinow.

(Petersb. Telegr.-Agentur.) Der Senator Sogorodsky, der mit der Untersuchung der Angelegenheit des ehemaligen Kriegsministers Suchomlinow beauftragt ist, der des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt, der verbrecherischen Fahrlässigkeit, der Verschleierung der Wahrheit in seinen Berichten und des Hochverrats beschuldigt wird, hat Suchomlinow am 3. Mai in seiner Wohnung vernommen. Er erklärte es nach der Vernehmung für notwendig, Vorbeugungsmaßregeln gegen Suchomlinow zu ergreifen, namentlich ihn zu verhaften. Suchomlinow wurde an demselben Tage in der Peter-Pauls-Festung interniert. (WTB.)

Der Stillstand der russischen Offensive in Armenien.

kf. Der „Basler Anzeiger" schreibt: Der Militärkritiker der Petersburger „Rjetsch" schreibt in einer der letzten Nummern des kriegshetzerischen Blattes, daß die russische Kriegsführung in Armenien auf vorläufig unüberwindbare Schwierigkeiten stoße. Es ergebe sich daraus, daß die russische Offensive im armenischen Hochlande wieder am Erlöschen sei.

Die Gefährdung des Kriegssteuergesetzes.

p. Man schreibt uns: Durch die Kommissionsbeschlüsse hat die Vorlage für die Kriegsgewinnsteuer einige Abänderungen erfahren, die, wenn sie von einer Reichstagsmehrheit aufrechterhalten würden, wohl eine Gefährdung des ganzen Gesetzes zur Folge haben müßten. Es handelt sich einmal um die Belastung der Einkommensvermehrung ohne Vermögenszuwachs neben der Steuer auf den Vermögenszuwachs. Dagegen spricht zunächst das grundsätzliche Bedenken, daß hier eine Reichseinkommensteuer geschaffen werden soll, gegen die sich die Bundesstaaten bisher mit aller Entschiedenheit aufgelehnt haben. Der Streit um die grundsätzliche Frage der Abgrenzung der Steuerobjekte zwischen Reich und Bundesstaaten ist also mit den Beschlüssen der ersten Lesung in die Vorlage hineingetragen. Weiterhin aber geht der Kommissionsbeschluß von der irrigen Auffassung aus, daß ein Mehreinkommen während des Krieges, das zu einem Vermögenszuwachs nicht geführt hat, aus Gründen der Gerechtigkeit als ein geeignetes Objekt der Besteuerung anzusehen sei. Diese Auffassung berücksichtigt aber nicht im geringsten die außerordentlichen Ansprüche, die heute durch die enorme Steigerung der Lebensmittel und notwendigen Gebrauchsgegenstände an das Einkommen gestellt werden. Es ist keine Uebertreibung, wenn man annimmt, daß die Aufwendungen für die Ernährung und die Beschaffung unentbehrlicher Gegenstände des täglichen Lebens bei Aufrechterhaltung der früheren Lebensgewohnheiten durchschnittlich um 75 v. H. gegenüber der Friedenszeit gestiegen sind. Der volle Verbrauch eines vermehrten Einkommens bedeutet mithin durchaus keine unwirtschaftliche Verschwendung, sondern er ist eine notwendige Folge der sich aus dem Kriege ergebenden anormalen Verhältnisse.

Die zweite durch die Kommission vorgenommene Aenderung der Vorlage, die ihr Zustandekommen gefährdet, ist die Erhebung einer vierten Rate des Wehrbeitrages. Man kann darüber streiten, ob die bei der Einführung des Wehrbeitrages seinerzeit gegebene Zusage, daß es sich dabei lediglich um einen einmaligen Eingriff in die Finanzhoheit der Bundesstaaten handeln sollte, der keine Wiederholung erleben würde, bei dem durch den Krieg verursachten großen Geldbedarf des Reiches aufrecht erhalten werden muß. Außergewöhnliche Umstände können allerdings auch außergewöhnliche Maßnahmen rechtfertigen. Aber auch für die Bundesstaaten sind in bezug auf den Geldbedarf außergewöhnliche Zeiten eingetreten, die den Schutz ihrer bisherigen Finanzquellen zu einer gebieterischen Pflicht machen. Und die neuesten Verlautbarungen aus den bundesstaatlichen Regierungen künden auch bereits an, daß man einer teilweisen Ableitung dieser Finanzquellen in die Reichskasse einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen würde. Dabei sind die Regierungen der Bundesstaaten in der Lage, sich auf vielfach einstimmige Beschlüsse ihrer Landtage gegen jede Preisgabe der direkten Steuerquellen zugunsten des Reiches zu berufen. Hat doch in Bayern sogar die Sozialdemokratie diesen Standpunkt zu dem ihrigen gemacht.

Die Bundesregierungen sind deshalb gar nicht in der Lage, der Erhebung eines neuen Wehrbeitrages und der

SLUB
Wir führen Wissen.